

# Pressemitteilung der Bundesinitiative „Budgetkompetenz“

## **Welttag der Menschen mit Behinderungen: Bundesinitiative „Budgetkompetenz“ ruft zu mehr Bewusstsein für die inklusiven Arbeitsmarktinstrumente Budget für Arbeit und Budget für Ausbildung auf**

**Berlin, 29. November 2023.** Anlässlich des Welttages der Menschen mit Behinderungen ruft das bundesweite Projekt „Budgetkompetenz – Initiative zum Budget für Arbeit und Ausbildung“ dazu auf, vermehrt die Budgets für Arbeit und Ausbildung zu nutzen. Bereits im November kam das Projektteam bestehend aus insgesamt fünf Netzwerkpartnern zu einem persönlichen Treffen im inklusiven Co-Workingspace TUECHTIG in Berlin zusammen. Auf dem zweitägigen Treffen wurden neben Meilensteinen und Ausrichtung des Projekts die aktuelle politische Lage zum Budget für Arbeit und zum Budget für Ausbildung diskutiert. Alle Projektmitarbeiter\*innen sind sich einig: Der Zugang zu diesen Arbeitsmarktinstrumenten ist bei Weitem noch nicht niedrigschwellig genug, dabei handelt es sich um echte Alternativen zur Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM).

„Was wir angesichts der hürdenbehafteten Zugänge in die Budgets nicht dürfen, ist, die beiden Budgets allein an ihren bloßen Zahlen zu messen. Jedes Budget hat einen persönlichen Wert für die Budgetnehmer\*innen. Allerdings muss viel mehr dafür getan werden, dass Menschen mit Behinderungen entsprechend beraten und die Antrags- und Bewilligungsverfahren zügig umgesetzt werden. Auch wenn die Nutzung der Budgets in den Bundesländern teils sehr unterschiedlich ist, so muss man sich im Klaren darüber sein, was diese Wahlmöglichkeiten für behinderte Menschen bedeuten, nämlich ein Anrecht auf ein alternatives Angebot zur Beschäftigung in einer WfbM,“ äußert sich Jörg Bungart, Geschäftsführer der BAG UB aus dem Projektteam dazu eindeutig.

Weiter erklärt Bungart: „Auch der junge Mensch von nebenan, der nicht in die Werkstatt will, muss ein Instrument nutzen können, um seine berufliche Teilhabe zu verwirklichen. Das Budget für Ausbildung kann noch intensiver genutzt werden. Darauf verweisen die Erfahrungen in der Praxis. Übergänge gelingen beispielsweise aus dem Berufsbildungsbereich, der in einem Betrieb des allgemeinen Arbeitsmarktes durchgeführt wird. Der Mensch mit Behinderungen und der Betrieb stellen anhand praktischer Erfahrungen fest: Hier geht noch mehr!“

# Pressemitteilung der Bundesinitiative „Budgetkompetenz“

Es geht zum Einen um den besonderen Wert des Instruments, als Alternative zur beruflichen Bildung in der Werkstatt und zum Anderen darum, dass Arbeit frei gewählt werden können muss, so wie es die UN-Behindertenrechtskonvention vorsieht!“

## **Zum Hintergrund:**

Seit 2018 können Menschen mit Behinderung ein Budget für Arbeit beantragen, um damit in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu kommen. 2020 ergänzte der Gesetzgeber dieses Instrument um das Budget für Ausbildung. Bislang werden beide Budgets allerdings weit weniger in Anspruch genommen als erwartet.

Die Initiative Budgetkompetenz verfolgt das Ziel, den Zugang der Budgets für Arbeit oder Ausbildung bundesweit zu verbessern, Hürden transparent zu machen und diese abzubauen. Im Mittelpunkt stehen Menschen mit Behinderungen, die sich für die Budgets interessieren, sich dazu unabhängig beraten lassen wollen und ein Unterstützungsangebot vor Ort suchen. Zudem wendet sich das Modellprojekt an Arbeitgeber\*innen, die sozialversicherungspflichtige Arbeits- bzw. Ausbildungsplätze im Rahmen der Budgets schaffen wollen.

Das Projekt wird aus den Mitteln des Ausgleichsfonds des BMAS gefördert und ist auf vier Jahre ausgelegt. Projektpartner sind [Access Erlangen](#), [BAG UB](#), [BBD Neuss](#), [integra Lübeck](#) und die [Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland](#)

*V.i.S.d.P. Alexander Ahrens*

## **Pressekontakt:**

Alexander Ahrens  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Leipziger Straße 61, 10117 Berlin  
E-Mail: [presse@isl-ev.de](mailto:presse@isl-ev.de)  
Tel.: 030/4057 1413

Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales

aus Mitteln des Ausgleichsfonds